



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

BürgerInnenbrief

11. April 2017

Demo gegen G20 +++ Sinti & Roma in Hamburg +++ Job-Wunder? +++ Autobahnwahn +++ Schilleroper

Liebe Leserinnen und Leser,



»Niedrige Miete statt Profite – neue Wege für bezahlbare Wohnungen«

Veranstaltung der Linksfraktion
Hamburg mit Andrej Holm und
Heike Sudmann (Moderation)

**Freitag, 21. April, 19.00 Uhr,
Kaisersaal, Rathaus,**

Der Sozialwissenschaftler Andrej
Holm ist u.a. Verfasser einer Studie
zur neuen Wohnungsgemeinnützig-
keit und war kurzzeitig Baustaats-
sekretär im rot-rot-grünen Berliner
Senat 2017.

Beim Rundgang in der HafenCity, 24.3.2017 (Foto: Michael Joho)

mehr und mehr wirft der am 7./8. Juli stattfindende G20-Gipfel seine Schatten voraus und lässt bereits jetzt erahnen, mit was für einem gigantischen Aufmarsch von bis zu 20.000 PolizistInnen und einer »Sicherheitszone« von der Innenstadt bis zum Flughafen wir es zu tun bekommen. Am vergangenen Wochenende (7./8. April) haben die GegnerInnen des Megaevents – darunter etliche VertreterInnen der LINKEN – auf ihrer Aktionskonferenz unterstrichen, dass sie sich nicht einschüchtern lassen und auf ihren Grund- und Demonstrationsrechten beharren. Auf Bürgerschaftsebene werden wir die geplanten Aktivitäten mit Anfragen, Diskussionsbeiträgen und Anträgen begleiten. Und unser Bundestagsabgeordneter Jan van Aken mischt auf Hamburger wie auf bundesweiter Ebene mit. Inmitten der politischen Hektik konnte er für diesen »BürgerInnenbrief« einen Beitrag beisteuern.

Neben diesem dräuenden Großereignis haben wir es in der Stadt auch weiterhin mit den ganz »normalen« Erscheinungen

der kapitalistischen Metropole zu tun. Mit Armut und einer sich verfestigenden Dauerarbeitslosigkeit (davon handelt Joachim Bischoffs Beitrag), dem anhaltenden Auto(bahn)wahn, wie er sich bei den Planungen für die A 26-Ost manifestiert, dem kritikwürdigen Umgang mit den in Hamburg lebenden Minderheiten, hier den Sinti und Roma nach 1945, aber auch der mangelnden Pflege und Würdigung wichtiger historischer Baudenkmale wie der Schiller-Oper in Altona.

Besonders möchten wir auf die zweiteilige Veranstaltungsreihe »Erfassung, Verdrängung und Umerziehung. Sinti und Roma in Hamburg nach 1945« im Mai/Juni (dazu mehr auf Seite 5 dieser Ausgabe) und auf die unmittelbar bevorstehende Diskussion mit Dr. Andrej Holm aufmerksam machen (siehe den Kasten im Foto). Wir würden uns über eine rege Beteiligung sehr freuen.

Herausgeberinnen und Redaktion

Grenzenlose Solidarität statt G20

Von Jan van Aken, Bundestagsabgeordneter der LINKEN aus Hamburg



Anfang Juli droht der größte Polizeieinsatz der Geschichte Hamburgs (M. Joho)

Im Juli wird eine Horde Gewalttäter in Hamburg einfallen. Auf Einladung von Olaf Scholz und Angela Merkel werden lupenreine Autokraten, Menschenrechtsverletzer und Unterdrücker vom Schlage eines Trump, Putin und Erdogan die Stadt unsicher machen. 19 Staatschefs und die EU werden zum G20-Gipfel nach Hamburg kommen, und es gibt viele gute Gründe, dagegen zu protestieren.

Ein kurzer Blick zurück: Die Ursprünge der G20 liegen in der Asienkrise 1997, im Zuge der globalen Finanzkrise ab 2007 wurde daraus ein Treffen auf höchster Regierungsebene. Von Beginn an hat die G20 – als Zusammenschluss der reichsten Volkswirtschaften der Welt – ein Ziel vereint: die Krise des Finanzkapitals mit neoliberalen Rezepten abzufedern. Hier wurde die Austeritätspolitik à la Merkel globalisiert, hier wurden Beschlüsse zum weiteren hemmungslosen Wachstum und zu Freihandelsabkommen gefasst. Die G20 stehen wie kaum ein anderes internationales Gremium für die Umverteilung von unten nach oben, für eine Bankenrettung auf Kosten der SteuerzahlerInnen und für die ungebrochene Kontinuität von globaler Ungerechtigkeit.

Dazu kommt, dass die G20 im Kern undemokratisch sind. Die meisten der Regierungschefs mögen zwar in ihren Ländern mehr oder weniger demokratisch gewählt sein, aber sie haben sich selbst ermächtigt, als kleiner erlauchter Kreis der führenden Wirtschaftsnationen Beschlüsse zu fassen, die auch viele andere Länder betreffen. Besonders deutlich wird es dieses Jahr in Hamburg: Ganz oben auf der Agenda steht ein »Compact with Africa« – aber mit Südafrika ist nur ein einziges Land dieses Kontinents in Hamburg vertreten. Es ist ja immer richtig, wenn Regierungen miteinander reden, egal

in welchem Format. Aber wenn dort nicht nur geredet wird, sondern auch Beschlüsse gefasst werden, die andere Staaten nachhaltig betreffen, dann geht das nicht. Dafür gibt es nur einen legitimen Ort: die Vereinten Nationen, wo jedes Land eine Stimme hat.

Genug Gründe, um Anfang Juli auf die Straße zu gehen. Und dafür wird es ausgiebig Gelegenheit geben. Schon ein paar Tage vor Beginn des Gipfels wird es am 2. Juli eine »Protestwelle« rund um die Binnenalster geben, mit Bannermeer und Bootsdemonstrationen. Die Woche wird dann voll sein mit verschiedenen Demonstrationen, einem Gegengipfel, einem Aktions- und Blockadetag am 7. Juli und als krönendem Abschluss dann am 8. Juli einer bundesweiten Demonstration, zu der wir 50.000-100.000 TeilnehmerInnen erwarten.

Und die Freie und Hansestadt Hamburg? Versucht schon jetzt tatsächlich, demokratische Grundrechte für die Zeit des Gipfels außer Kraft zu setzen. Die gesamte Innenstadt und ein breiter Korridor bis hoch zum Flughafen sollen komplett für Demonstrationen gesperrt werden. Diese »Blaue Zone« wurde uns gegenüber von der Polizei damit begründet, dass alle Staatsgäste immer einen freien Weg zum Flughafen bräuchten, und da die Regierungschefs über verschiedene Hotels in der Innenstadt verteilt seien, müsste die demokratiefreie Zone so groß sein.

Richtig albern wird diese Begründung, wenn man sich ansieht, dass sogar das Heiligengeistfeld in der Blauen Zone liegt, und dort gibt es nun wahrlich kein einziges Oberklasse-Hotel in der Nähe. Ganz offenbar geht es hier vor allem darum, das Grundrecht auf Demonstration mit billigen Verwaltungstricks auszuhebeln.

Für uns ist eines klar: Wir lassen uns das Demonstrieren nicht verbieten. Wir wollen und wir werden am 8. Juli in der Innenstadt bunt, laut und fröhlich mit vielen Zehntausenden demonstrieren, und wir werden eine gemeinsame Abschlusskundgebung auf dem Heiligengeistfeld haben. Da bestehen wir drauf, und das werden wir auch durchsetzen, politisch und/oder rechtlich.

Schon jetzt schreibt die Hamburger Presse die Gewalt herbei, aber ich denke, dadurch sollten wir uns nicht beeindrucken lassen. Die Demonstration am 8. Juli wird durch ein breites Bündnis getragen, und wir alle sind uns einig, dass wir gemeinsam mit Kind und Kegel und guter Laune unseren Protest gegen den G20-Gipfel auf die Straße bringen wollen. Ich hoffe, ihr seid alle dabei!!

»Unsere Anwesenheit hat immer gestört!«

Interview mit Inge Weiß über die Diskriminierung von Sinti und Roma in Hamburg nach 1945



Inge Weiß (Foto: Surya Stülpe)

Inge Weiß ist Hamburger Sinteza und Leiterin der Beratungsstelle des Landesvereins der Sinti in Hamburg. Sie wurde 1956 in Uelzen in eine Sinti-Familie hineingeboren. Später heiratete sie in die Hamburger Sinti-Familie Weiß ein. Über sich selbst sagt sie: »Wir sind ja nicht viel anders als die Mehrheitsgesellschaft. Ich bin eine Deutsche. Ich bin eine deutsche Sinteza. Ich gehöre einer ethnischen Minderheit an. Ich habe meine Sprache, das ist Romnes und ich möchte, dass ich die ohne Wenn und Aber weiter mit meinen Kindern sprechen kann, ohne diskriminiert zu werden. Ich will ein vernünftiges Leben führen, so wie es andere auch machen!«

Das Interview mit Inge Weiß führte Surya Stülpe.

Wie hat deine Familie gelebt, als du ein Kind warst?

Inge Weiß: Geboren bin ich in Uelzen. Aber meine Familie hat dann in Hamburg gelebt. Als fahrende Händler waren wir viel auf dem Land unterwegs, denn in den Städten hatten die Leute schon Kaufhäuser. Ab den 60er Jahren waren wir als Schausteller auf Jahrmärkten dann ganzjährig unterwegs.

Gab es einen Moment, an dem du wahrgenommen hast, dass du von den anderen als »anders« wahrgenommen wurdest?

Als Kind lebte man noch unter dem Schutz der Familie. Aber sowie man in die Schule kam, hat man das gemerkt. Das war extrem. In den ersten Klassen waren das eher die Eltern der Mitschüler, die einen nicht zu Hause haben wollten. Man wur-

de selbst von Freunden nie zum Kindergeburtstag eingeladen. Man wächst damit auf und verarbeitet das eigentlich nie. Das ist so, dass man sich dann zurückzieht und unter den eigenen Leuten bleibt. Das wird einem aber auch angekreidet: »Ah«, heißt es, »die wollen ja nicht.«

Bis heute wollen die meisten aus der Mehrheitsgesellschaft nicht neben Sinti und Roma wohnen, das sagt doch schon alles! Das ist besonders beängstigend in diesen Zeiten. In diesen Zeiten mit der AfD und dem Anwachsen des Rassismus. Da kommen dann wieder richtig Ängste hoch.

Wo haben die Hamburger Sinti nach 1945 gelebt?

Das eine ist, dass viele sich entschieden haben, nicht mehr als Sinti zu leben. Sie leben überall und geben sich nicht zu erkennen. Das andere ist, dass die Sinti immer wieder vertrieben wurden. Man ist immer an den Rand der Stadt gedrängt worden. Unser Anblick, unsere Anwesenheit haben immer gestört.

Die Familie Weiß war erst am Platz »An der alten Fähr« an der Elbe. Der Platz war schön. Als dort Gewerbe angesiedelt wurde, musste sie zur Kornweide umziehen, auf einen Platz zwischen Autobahnen und Bahngleisen. Dort war es eng und für alle Familien gab es nur einen Wasserhahn. Weil der Anblick den Reisenden nicht zuzumuten war, mussten sie wieder weg. Dann sollten wir in den 70er Jahren in die Plattenhäuser in der Kleingartensiedlung auf der Veddel. Dort hatten vorher Arbeiter der Affi (Anmerkung: Norddeutsche Affinerie, heute Aurubis) gewohnt, die damals richtige Wohnungen bekamen. Die Baracken waren ohne Isolierung und ohne jeden Komfort. Die Gärten waren vollständig kontaminiert durch die Abgase der Fabrik. Aber selbst da mussten wir irgendwann weg, weil da eine Tankstelle hin sollte.

Man wollte uns in den Wohnungen der Großsiedlungen unterbringen, jede Familie für sich. Da haben unsere Ältesten damals gesagt: »Wir gehen nur, wenn wir alle zusammen bleiben und wir genug Platz für unsere Gewerbe haben.«

Dann hat die Stadt die Siedlung am Georgswerder Ring gebaut, wo wir 1982 eingezogen sind. Das wurde als Wiedergutmachung an den Sinti deklariert. Da haben sich auch alle gefreut. Aber dann kam der dicke Hammer: Wir sollten bis zu 800 Mark Miete zahlen. Wie kann ein Mensch, der gerade mal diese 30 Mark Miete zahlen konnte für diese Hütten, jetzt zwischen 500 und 800 Mark bezahlen? Dadurch sind ganz viele Sinti sozial abhängig geworden.

Dann kam ab Anfang der 80er die Bürgerrechtsbewegung der Sinti und Roma ...

Das war ja ein Teil davon. Dass wir gesagt haben: »Wir wollen nicht mehr so wie ihr wollt! Wir wollen so leben, dass wir unsere Kultur bewahren können!«

Warst du ein Teil der Bürgerrechtsbewegung?

Ja, natürlich. Das waren wir alle. Hinter Romani Rose, der damals den Hungerstreik in Dachau gemacht hat, standen wir alle. Wir haben gesagt: »Wir wollen nicht mehr! Wir wehren uns! Wir haben jetzt auch eine Lobby!« Damals war ich 24 Jahre alt. Ich habe gedacht: »Ich will nicht mehr!« Die haben

Mit der **Großen Anfrage »Aufarbeitung der Diskriminierung von Sinti und Roma in Hamburg nach 1945«** (Drs. 21/8004) an den Hamburger Senat hat die Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft im Frühjahr 2017 einige wichtige Fragen zur Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma in Hamburg zusammengefasst. Die Anfrage mit den Antworten des Senats ist einsehbar unter <http://buergerschaft-hh.de/ParlDok/dokument/56807/aufarbeitung-der-diskriminierung-von-sinti-und-roma-in-hamburg-nach-1945.pdf>.

unsere Eltern vergast, die haben Kinder umgebracht, weil sie gesagt haben, dass wir alle kriminell sind. Wie können kleine Babys kriminell sein? Wir wollten nicht mehr! Wir wollten auch unsere Rechte haben. Wir wollten unsere Ruhe haben und mit unserer Kultur leben können. Und bitte so akzeptiert werden, wie wir sind.

Jetzt nochmal zu dem, was »Zweite Schuld« genannt wurde. Zu dem Unrecht, das den Überlebenden im Zuge der so genannten Wiedergutmachung angetan wurde. Da ist ja auch in Hamburg eine Menge Schlimmes passiert. Hast du da etwas von mitbekommen?

Alle, die vor 1941 deportiert wurden, bei denen wurde gesagt, dass sie nicht aufgrund von Rassismus deportiert wurden. Die wurden nicht als Verfolgte anerkannt. Das war ja das Urteil des Bundesgerichtshofs, der 1956 noch behauptet hat, dass Sinti und Roma nicht aus rassistischen, sondern aus »kriminalpräventiven« Gründen verfolgt wurden.

Das war sehr schwer für die Leute! Sie mussten sehr viele Papiere beibringen, die sie z.T. gar nicht erbringen konnten. So wie der Vater meines Schwagers, der mühselig seine Papiere zusammenbekam, um dann zu erfahren, dass hier im Rathaus die gesamte Akte schon vorlag.

Die Sinti sind auch mit ganz wenig Geld abgespeist worden. Viele haben gar nichts bekommen, weil ihnen die Staatsangehörigkeit aberkannt war und ihnen als Staatslose Forderungen unmöglich waren.

1999 hat dein Mann den Landesverein gegründet. Warum?

Wir hatten damals einen kleinen Schaustellerbetrieb. Und wir brauchten für ein neues Fahrzeug eine Versicherung. Der Versicherungskonzern hat uns damals abgelehnt mit der Begründung, dass sie Sinti grundsätzlich nicht versichern. (Das Schreiben der Versicherung hängt neben uns an der Wand.) Das war der Auslöser. Und die Hoffnung, dass das irgendwann mal vorbei ist.

Ich habe aus einem früheren Gespräch mit dir mal herausgehört, dass die Kultur der Sinti auch sehr patriarchal organisiert ist. Ist das so und wenn ja, wie war das für dich?

Eigentlich ist es nicht so. Man sagt das zwar so, aber in Wirklichkeit waren mein Mann und ich immer gleichgestellt. Auch in allen wirtschaftlichen und geschäftlichen Belangen. Man sagt, das wird so gemacht wie er sagt, aber im Endeffekt habe ich doch das Meiste entschieden. (Lacht.) Wir hören aber sehr darauf, was die Älteren sagen. Da stellt man sich im Allgemeinen nicht dagegen. Männer nicht und Frauen auch nicht.

Was sind Eure Forderungen heute?

In Berlin haben sie ja gerade einen Staatsvertrag verhandelt. So etwas möchten wir hier in Hamburg auch gerne erreichen. Dass wenigstens die Beratungsstelle mal abgesichert ist und wir nicht jedes Mal wieder bangen müssen und so viel Zeit in Projektanträge stecken müssen.

In Rheinland-Pfalz steht in der Rahmenvereinbarung sogar drin, dass alle Beamten beim Umgang mit Sinti und Roma deren Verfolgungsgeschichte gegenwärtig haben sollen. Das ist gut! Dann müssen sich die Behördenmitarbeiter damit beschäftigen und verstehen unsere Leute vielleicht.

Was wünschst du dir von deinen Mitmenschen?

Dass man uns respektiert, so wie wir sind. Mit unseren Eigenarten und unseren großen Familien und unserer besonderen Wertschätzung für unsere Alten, die wir niemals in ein Altersheim geben würden.

VERANSTALTUNGSREIHE

„Erfassung, Verdrängung und Umerziehung Sinti und Roma in Hamburg nach 1945“



Hamburger Sinti-Familie in den 50ern auf dem Platz „Alte Fähr“, Harburg

jüngst erneut thematisiert. Die Veranstaltungsreihe gibt Beispiele für die gelungene Erforschung der jüngeren Diskriminierungsgeschichte von Sinti und Roma. Eine umfassende Erforschung der Minderheitenpolitik nach 1945 steht in Hamburg noch aus.

Vorurteile und Ablehnung von Sinti und Roma sind in unserer Gesellschaft fest verankert – und sie nehmen wieder zu. Auch in Hamburg prägen gesellschaftliche Ausgrenzung und daraus resultierende Armut weiterhin die Lebensbedingungen der Angehörigen der Minderheiten. Notwendig sind angesichts des Völkermords und der jüngeren Diskriminierungsgeschichte ein Bekenntnis des Staats zu seiner Verantwortung und der bekundete Wille, gegen Antiziganismus vorzugehen. Hamburg ist jedoch eines der Bundesländer, in denen es weder Staatsvertrag noch eine andere Vereinbarung mit den Verbänden der Sinti und Roma gibt.

Mit einer Großen Anfrage an den Senat hat die Fraktion **DIE LINKE** in der Hamburgischen Bürgerschaft die Diskriminierung der Sinti und Roma in der Hansestadt

DIE LINKE.
Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

VORTRAG VON ANDREJ STEPHAN

Von amtlichen „Zigeunerspezialisten“ und „Sprachregelungen“ – Die Frühgeschichte des BKA und der Umgang mit Sinti und Roma

Große Teile des Gründungspersonals des Bundeskriminalamts (BKA) einschließlich der Amtsleitung hatten bereits in der Polizei des „Dritten Reichs“ Dienst getan. Ihr Wirken sollte bis Ende der 1960er Jahre die Amtsgeschichte maßgeblich prägen. Die Forschungen des Historikers Andrej Stephan, Mitglied der unabhängigen Kommission zur Erforschung der Geschichte des BKA, belegen, dass das Amt sogar bis 2001 aktiv an der behördlichen Diskriminierung von Sinti und Roma beteiligt war. Stephan stellt das Projekt „BKA-Historie“ und seine wesentlichen Ergebnisse vor.

18. MAI, 18.30-20 UHR, GLS BANK, DÜSTERNSTR. 10, HAMBURG

VORTRAG VON DR. PETER WIDMANN

An den Rändern der Städte – Sinti und Roma in der deutschen Kommunalpolitik seit 1945

Städte und Gemeinden haben besonderen Einfluss auf die Lage der Sinti und Roma in Deutschland. Peter Widmann hat in politikwissenschaftlichen Fallstudien ihr Handeln gegenüber der Minderheit seit 1945 untersucht. Er zeigt, wie sich Behörden noch Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg an Stereotypen aus dem 19. Jahrhundert orientierten, aber auch, wie die Bürgerrechtsbewegung deutscher Sinti und Roma und der gesellschaftliche Wertewandel die kommunale Politik verändert haben.

1. JUNI, 18.30-20 UHR, KAISERSAAL, RATHAUS HAMBURG, RATHAUSMARKT 1

INGE WEISS, Leiterin der Beratungsstelle des Landesvereins der Sinti in Hamburg, und CHRISTIANE SCHNEIDER, MdHB, leiten beide Veranstaltungen ein. Die Räume sind barrierefrei, Gebärdendolmetschen ist bei Anmeldung bis eine Woche vor der Veranstaltung an surya.stuelpe@linksfraktion-hamburg.de möglich.

V.i.S.d.P.: Chr. Schneider, Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

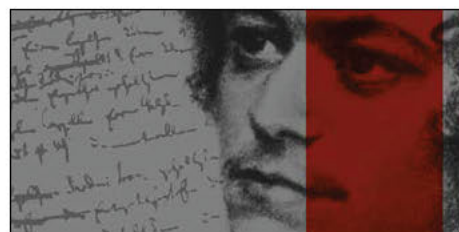


Immer gut informiert über Altonas Initiativen und die umfangreiche Stadtteilkulturszene werden Interessierte auf der Website www.altonaer-manifest.de. Das gleichnamige Initiativen-Netzwerk **Altonaer Manifest – Für eine sozial gerechte Stadtentwicklung** präsentiert hier Fakten und Termine zu mehr oder weniger allen anstehenden Konfliktfeldern im Bezirk.

»Mieterprobleme online klären«, meldete das Straßenmagazin »Hinz & Kunzt« vor einiger Zeit. Hintergrund: ein neues **Internet-Portal des Mietervereins**

zu Hamburg. Mit dem so genannten **Online Check** können interessierte MieterInnen folgendes kostenfrei überprüfen lassen: Betriebs- und Heizkosten, Wohnungsmängel, Mietkaution, Schönheitsreparaturen, Mieterhöhung, Mietpreisbremse. Zum Online Check geht's hier: <https://online-checks.mieterverein-hamburg.de/>. Und hier steht der zitierte Artikel: www.hinzundkuntz.de/mietprobleme-online-klaren/.

Anderthalb Jahrhunderte ist es her, dass der erste Band der »Kritik der politischen Ökonomie«, bekannter als **Das Kapital**, in Hamburg erschienen ist. Allerlei Aktivitäten ranken sich um dieses Ereignis, vom Kapital-Kurs über einen Rundgang auf Marx' Spuren in Hamburg (am 12.4. und 16.9.) bis zu einer Ausstellung im Museum der Arbeit (vom 8.9.2017 bis 4.3.2018) und einer großen Party zum 200. Geburtstag von **Karl Marx** (am 5.5.2018). Die Rosa Luxemburg Stiftung (RLS) hat die **Online-Plattform www.marx200.org** eingerichtet, um über Geschichte und aktuelle Veranstaltungen zu informieren, nicht zuletzt findet sich hier auch ein digitales Nachschlagewerk zu den großen Ereignissen um Das Kapital, Karl Marx und die russische Revolution 1917.



Bereits im letzten »BürgerInnenbrief« haben wir ausführlicher darauf hingewiesen: Der diesjährige **Ostermarsch** nimmt am **Ostermontag, den 17. April**, um 11.30 Uhr in der St. Georger Dreieinigkeitskirche am Hauptbahnhof seinen Ausgangspunkt und endet gegen 13.30 Uhr auf dem Carl-von-Ossietzky-Platz in einem Friedensfest.

Bis zum G20-Gipfel am 7./8. Juli in Hamburg werden die Gegenaktivitäten nicht mehr abreißen. Für **Mittwoch, den 19. April**, rufen Hamburgs Allgemeine Studentenaus-schüsse auf zu einer **Demonstration** unter der Parole

Demokratisch wirken für Frieden und Gerech-

tigkeit. Auf der Grundlage des »Hamburger Manifests gegen den G20-Gipfel 2017« (www.gemeinsam-statt-G20.de) sollen »unsere Kritik und unsere gesellschaftlichen Alternativen auf die Straße« getragen werden. Gestartet wird um 17.00 Uhr auf dem Jungfernstieg.



Die hamburgische Landesgeschäftsstelle des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) lädt für **Donnerstag, den 20. April**, ein zur Veranstaltung **Profite der Traumschiffe auf Kosten von Umwelt und Gesundheit**. Gäste der um 18.30 Uhr in den NABU-Räumen (Klaus-Groth-Straße 21) beginnenden Diskussion sind Wolfgang Gregor, Ex-Kapitän, Journalist und Autor des Buches »Der Kreuzfahrtskomplex«, sowie Jörn Kersten, Journalist für das TV-Magazin »Plusminus«. Der Veranstalter rückt das Thema ausdrücklich in den Zusammenhang des G20-Gipfels: »Gerade am prominenten Beispiel der

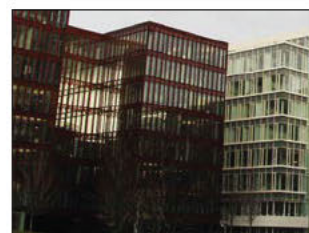
Kreuzschiffahrt lässt sich erklären, warum striktere internationale Regulierungen notwendig sind, um fairere Arbeitsbedingungen zu garantieren sowie die derzeit noch laschen Umweltstandards weltweit einheitlich zu verbessern.«

Mit Blick auf die schleswig-holsteinische Landtagswahl am 7. Mai veranstaltet DIE LINKE am **Donnerstag, den 20. April**, in Bad Oldesloe eine **Diskussion** zum Thema **Bezahlbarer Wohnraum für ALLE!** Gäste des Abends sind Hendrik Holtz (Direktkandidat für den Landtag) und Heike Sudmann (Bürgerschaftsabgeordnete aus Hamburg), die Moderation obliegt Florian Kautter (Landtagskandidat). Die Podiumsdebatte findet im Bürgerhaus Bad Oldesloe (Mühlenstraße 22) statt und beginnt um 19.00 Uhr.



Am **Sonntag, den 23. April**, wird »ab zwei vor zwölf« wieder am AKW Brokdorf demonstriert. Der Anlass ist der **31. Jahrestag des Tschernobyl-GAU**s, die zentrale Forderung lautet, das **AKW Brokdorf sofort abzuschalten**. Veranstaltet wird diese 5. Protest- und Kulturmeile von einem breiten Bündnis und verschiedenen Anti-Atomkraft-Gruppen. Mehr dazu hier: www.akw-brokdorf-abschalten.de.

Seit einiger Zeit führt die Rosa Luxemburg Stiftung regelmäßige Veranstaltungen unter der Überschrift **Metropolpolitik Hamburg: Zur Internationalisierung der Stadtentwicklung** durch. Am **Montag, den 24. April**, ist um 19.00 Uhr im Internationalen Bildungszentrum (Bodenstedtstraße 16, Hinterhof Eingang West) der neue Leiter des Bezirksamtes Hamburg-Eimsbüttel, Kay Gätgens, zu Gast. Er wird seine Vorstellungen vom Eimsbüttel 2040 vorstellen und dabei auf Probleme, Wege und Visionen am Beispiel dieses Hamburger Bezirks eingehen.



Nochmals der Hinweis, dass es am **Dienstag, den 25. April**, um 17.00 Uhr in der GLS-Bank (Düsternstraße 10) darum geht, **Perlen, wunderbare Perlen zu polieren**. Im Mittelpunkt dieser Veranstaltung stehen die mehr als **100 Wohnstiftungen**, die vielen Tausend Menschen eine günstige Mietwohnung bieten. Doch viele der Stiftsanlagen sind sanierungsbedürftig, müssen »poliert« werden. Was also tun? Darüber unterhalten sich auf der Veranstaltung Ulrike Petersen (Stattbau Hamburg), Mechthild Kränzlin (Homann-Stiftung) und Johannes Jörn (Patriotische Gesellschaft).



Ausgerechnet die rechtspopulistische AfD will den Ersten Mai für eine Kundgebung missbrauchen will, was sicher nicht ohne Reaktionen bleiben dürfte. Doch nicht nur deshalb sei hier auf die **DGB-Demonstrationen** an eben diesem **Montag, den 1. Mai**, hingewiesen. Die zentrale Parole lautet dieses Mal: **Wir sind viele. Wir sind eins**. Schwerpunktthema ist die Forderung nach einer auskömmlichen **Rente für alle**. Den zentralen DGB-Aufruf zum Tag der Arbeit gibt es hier: www.dgb.de/++co++fd293aec-13bf-11e7-881c-525400e5a74a.

In der Hamburger Innenstadt startet die Demo um 11.00 Uhr an der U-Bahn-Station Rödingsmarkt und führt zum Fischmarkt, wo gegen 12.00 Uhr die Kundgebung beginnt. Ansprachen gibt es von der Hamburger DGB-Vorsitzenden Katja Karger, René Schindler (Produktionsgewerkschaft PRO-GE Österreich), Murat Acerüzümoglu (Betriebsratsvorsitzender Blohm + Voss) und Simon Küppers (DGB-Jugend). Der DGB Harburg lädt zur Barkassenfahrt ein, Treffpunkt ist um 10.30 Uhr der Wendehammer des Dampfschiffweges/Schiffsanleger Süderelbe; die Barkassenfahrt endet rechtzeitig um 12.00 Uhr am Fischmarkt. Und die Demonstration in Bergedorf startet um 10.00 Uhr auf dem Lohbrügger Marktplatz und endet mit einer Kundgebung gegen 12.00 Uhr im Rathauspark.

Wie jedes Jahr begeht die Freie und Hansestadt Hamburg am **Mittwoch, den 3. Mai**, das **Kriegsende und die Befreiung der Konzentrationslager 1945**. Die **internationale Gedenkveranstaltung** findet in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Jean-Dolidier-Weg 75) statt und beginnt auf dem ehemaligen Appellplatz mit einer Kranzniederlegung um 17.00 Uhr. Anschließend werden im Südfügel der ehemaligen Walther-Werke sprechen: Dr. Detlef Garbe (Direktor der Gedenkstätte), Dr. Carsten Brosda (Kultursenator),



Ivan Moscovich (Überlebender des KZ Neuengamme) und Yvonne Cossu-Alba (Tochter eines Häftlings des KZ Neuengamme). Zudem gibt es einen Kurzbeitrag des Jugendprojekts »Stimme erheben. Stimmen bewahren«, für die musikalische Begleitung sorgt der Neue Chor Hamburg. Infos über weitere Veranstaltungen in den kommenden Wochen gibt es unter: www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de.

Aus Anlass der 300. Ausgabe seiner Stadtteilzeitung »Der lachende Drache« (http://gw-stgeorg.de/ev2/wp/wp-content/uploads/2017/02/LD_Nr300.pdf) lädt der Einwohnerverein St. Georg von 1987 e.V. ein zu einem **Treffen der alternativen, stadtteilorientierten Kleinzeitschriften**. Der (am 26. April) auf seinen 30. Geburtstag zugehende Verein möchte neben dem Erfahrungsaustausch die Möglichkeiten der punktuellen Zusammenarbeit unter den Redaktionen diskutieren. Die Zusammenkunft ist für **Donnerstag, den 4. Mai**, um 19.00 Uhr im Gemeindesaal (Stiftstraße 15/Ecke Rostocker Straße) anberaumt. Um Voranmeldung per E-Mail an info@ev-stgeorg.de wird gebeten.



Der lachende Drache
Stadtteilzeitung für St. Georg



Die vorerst letzte Veranstaltung im Rahmen der Reihe der Rosa Luxemburg Stiftung zur Hamburger Metropolenpolitik ist für **Montag, den 8. Mai**, um 19.00 Uhr im Internationalen Bildungszentrum (Bodenstedtstraße 15, Hinterhof Eingang West) anvisiert. An diesem Abend wird es um die **Perspektiven sozialer und internationaler Stadtentwicklung** gehen. TeilnehmerInnen der Podiumsdiskussion sind der Autor Christoph Twickel (Foto), Reiner Basowski von attac, der ver.di-Landesbezirksleiter Berthold Bose, Stephan Nagel vom Diakonischen Werk sowie Heike Sudmann für die Linksfraktion in der Bürgerschaft. Der Eintritt ist frei.

Erstmals lädt die Linksfraktion in der Bürgerschaft am **Samstag, den 13. Mai**, von 10.00 bis 16.00 Uhr zu einer **Tourismuspolitischen Konferenz** ins Rathaus ein. Das Thema umfasst vielerlei Aspekte: Wirtschaftliche, verkehrliche und umweltpolitische Aspekte spielen eine Rolle, aber ganz sicher geht es auch um Hotelburgen – in Hamburg sollen in den kommenden Jahren rund 36.000 Hotelbetten neu entstehen, noch einmal gut 50% mehr als bisher schon vorhanden sind – und die Zurichtung einzelner Stadtteile als lokale Eventzentren. Gäste sind u.a. Prof. Norbert Aust (Tourismusverband Hamburg e.V.), Karsten Heinsohn (Deutsches wirtschaftswissenschaftliches Institut für Fremdenverkehr, DWIF e.V.), Prof. Dr. Frank Schaal (EBC Hochschule) und Birgit Otte (Recht-auf-Stadt-Netzwerk). Aufgrund der begrenzten Platzanzahl wird um Voranmeldung unter der E-Mail-Adresse jens.schultz@linksfraktion-hamburg.de gebeten.

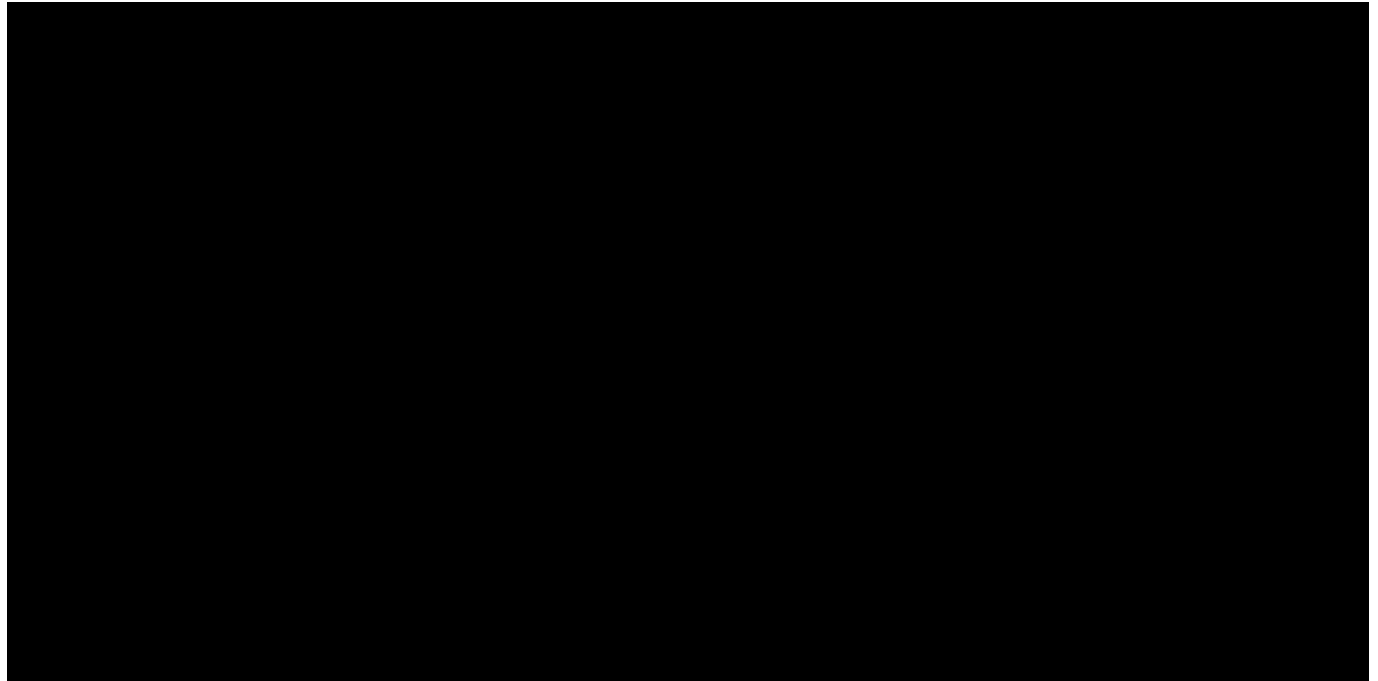


Im Rahmen der Ringvorlesung »(Fast) 100 Jahre Universität Hamburg« geht es am **Montag, den 22. Mai**, um das Thema **Leuchtturm oder Lückenfüller – Die Rolle der Universität in der Hamburger Stadtplanung**. Referieren wird der Stadtplaner und ehemalige Leiter der Bauabteilung der Universität Hamburg Michael Holtmann. Die Vortragsveranstaltung beginnt um 18.00 Uhr im Magdalene-Schoch-Hörsaal im Universitäts-Hauptgebäude (Edmund-Siemers-Allee 1).



Die Legende vom »Job-Wunder«

Von Joachim Bischoff



Immer wieder dieselbe Legende: Nach der Winterruhe hat der Arbeitsmarkt in Hamburg im März einen positiven Trend gezeigt, die saisonale Frühjahrsbelebung für einen Rückgang der Arbeitslosenzahlen gesorgt. Ende März waren in der Hansestadt 71.509 Menschen arbeitslos gemeldet. Das sind 518 oder 0,7% weniger als im Februar. Die Arbeitslosenquote sank um 0,1% auf 7,1%. Etwas besser fällt der Vergleich zum Vorjahresmonat aus. So waren in Hamburg im März 2016 rund 1.500 Menschen (2,1%) mehr ohne Arbeit als jetzt. Die Arbeitslosenquote lag bei 7,4%. Von der leichten Entspannung des Arbeitsmarktes im Jahresverlauf hätten besonders Langzeitarbeitslose profitiert. Faktisch bewegt sich in den letzten Jahren bei dem Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit allerdings wenig (s.a. die Abbildung auf der folgenden Seite).

Nach der großen Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 erwarteten die ExpertInnen, dass die Zahl der Jobsuchenden von 76.000 auf 60.000 fallen werde. Doch dieser Wert wurde in den vergangenen fünf Jahren nicht annähernd erreicht. Die Statistik verzeichnet den niedrigsten Monatswert im November 2011 mit knapp 66.800 Arbeitslosen. Es gibt selbstverständlich eine jahreszeitliche Bewegung: Im langjährigen monatlichen Durchschnitt stehen 83.000 Arbeitslosmeldungen 70.200 Abmeldungen in Erwerbstätigkeit gegenüber. Doch sinken kann die Arbeitslosigkeit erst, wenn sich das Verhältnis dauerhaft umkehrt. Zumindest kommen die Arbeitslosen, die nicht in die Langzeitarbeitslosigkeit abrutschen, jetzt wieder schneller zu einem neuen Job, durchschnittlich nach 3,7 Monaten.

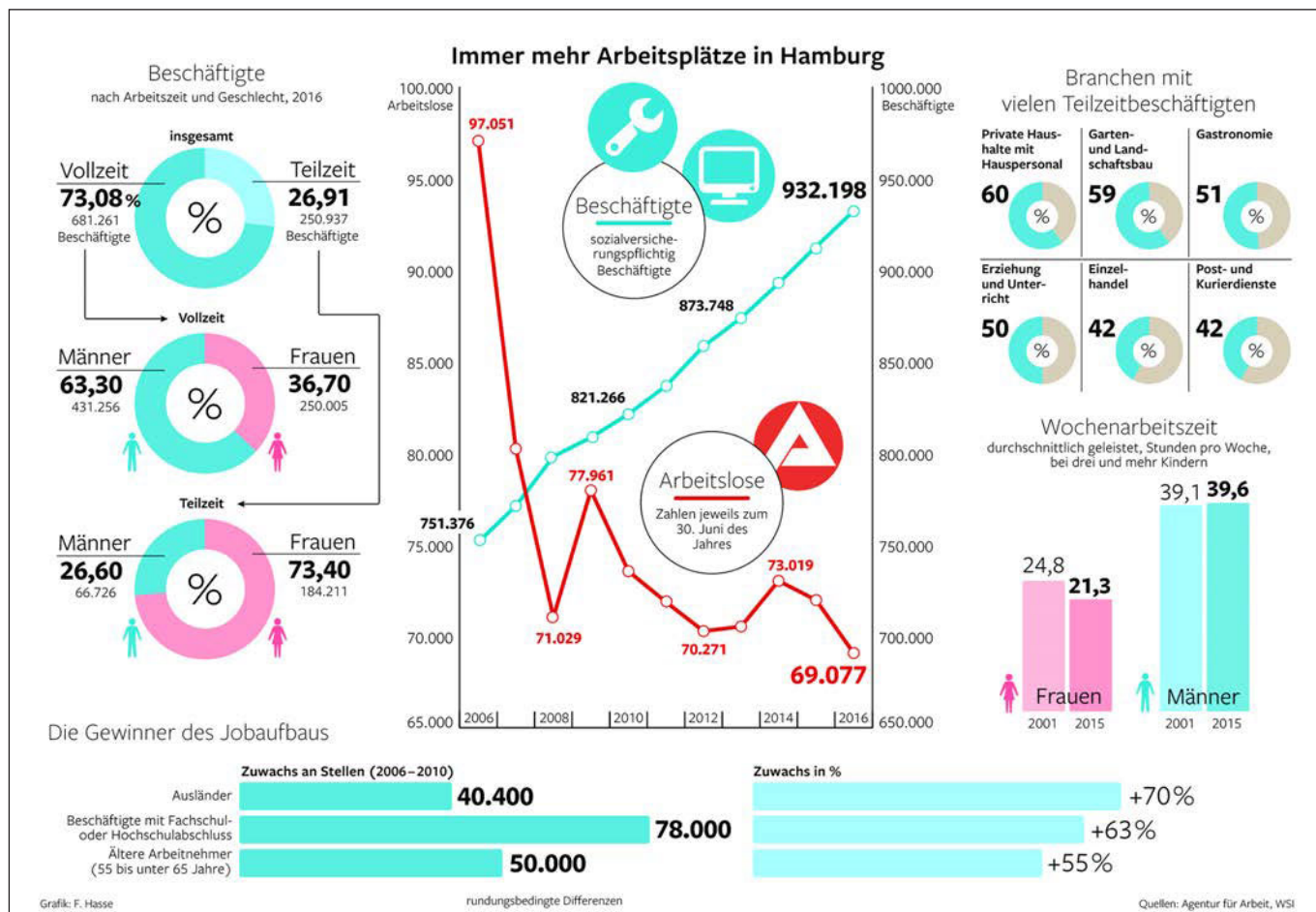
Es entstehen auch neue Arbeitsplätze: Die Kurve der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse steigt

in Hamburg kontinuierlich an. Circa 95.000 Arbeitsplätze sind in den vergangenen fünf Jahren neu entstanden. Neue Jobs gibt es vor allem in den Bereichen Verkehr und Logistik, Dienstleistungen, Baugewerbe sowie Heime und Sozialwesen. »Die Jobsuchenden können von dieser Entwicklung aber nicht eins zu eins profitieren, weil neue Stellen nicht nur von Arbeitslosen nachgefragt werden und ihre Qualifizierung vielfach auch nicht den Anforderungen entspricht«, sagt der Leiter der Arbeitsagentur, Sönke Fock. Denn rund die Hälfte der Arbeitslosen hat keine abgeschlossene Berufsausbildung. »Aber nur maximal zehn Prozent der Stellen sind für diese Zielgruppe geeignet.«

Die Gründe für die faktische Stagnation beim Abbau der Arbeitslosigkeit: Die Rente mit 67 und der stärkere Drang zu Beschäftigungsverhältnissen im Rentenalter sorgen dafür, dass das Potenzial der Jobsuchenden steigt. Auch die Erwerbstätigkeit der Frauen nimmt zu, ohne dass sie vorher in der Arbeitslosenstatistik aufgetaucht sind. Außerdem kommen immer mehr PendlerInnen in die Hansestadt und finden hier eine Anstellung. So nahmen die nach Hamburg einpendelnden ArbeitnehmerInnen von 2011 bis 2015 um 24.200 auf 338.400 Personen zu.

70% sind mehr als ein Jahr arbeitslos

Unterm Strich haben die Langzeitarbeitslosen (länger als zwölf Monate ohne Job) binnen fünf Jahren um 24% auf 23.500 Personen zugenommen. Das ist immerhin jeder dritte Arbeitslose in der Stadt. Besser lief es bei BürgerInnen mit einer Behinderung. Obwohl auch ihre Vermittlung trotz guter Qualifizierung nicht einfach ist, ging die Zahl der Arbeitslo-



sen mit einer Behinderung seit 2011 um 10% auf 3.300 zurück. Mit zunehmender Dauer der Nichtbeschäftigung steigt allerdings die Zahl jener, die ihre Jobsuche aufgeben und sich vollständig vom Arbeitsmarkt zurückziehen. Ihre kritische Lage verfestigt sich.

Vor allem ältere Lohnabhängige, Menschen mit Behinderungen, Personen mit Migrationshintergrund, aus strukturschwachen Gebieten oder ohne Berufsausbildung haben ein hohes Risiko, über eine längere Zeit hinweg arbeitslos zu sein und zu bleiben. Und die Chancen auf eine Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt sinken mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit. Langzeitarbeitslosigkeit wird selbst zu einem Ausgrenzungsmerkmal in der betrieblichen Einstellungspraxis.

Von Langzeitarbeitslosigkeit betroffenen Menschen gibt es nicht nur im Hartz-IV-System. Auch im Versicherungssystem gibt es langzeitarbeitslose BürgerInnen, die meist jedoch keine Leistungen erhalten, finanziell aber noch nicht hilfebedürftig im Sinne des Hartz-IV-Gesetzes sind (z.B. Arbeitslose, die nach Auslaufen des Arbeitslosengelds ihr Vermittlungsgesuch aufrechterhalten).

In Bezug auf das Alter der Betroffenen und die Dauer ihrer Erwerbslosigkeit schneidet Deutschland und damit auch Hamburg im europäischen Vergleich schlecht ab: Mehr als ein Viertel (26%) zählt zur Gruppe der älteren Personen über 55. In Finnland ist der Anteil mit 29% noch etwas höher. Im EU-

Schnitt liegt er bei 13%. Zwei Drittel der langfristig Erwerbslosen in Deutschland sind bereits seit mehr als zwei Jahren ohne Arbeit. In Schweden und Österreich sind das nur rund 40%. Zurückzuführen ist der Unterschied vor allem auf die sozialrechtlichen Regelungen in den EU-Staaten. In Ländern wie Dänemark, Schweden oder Österreich beziehen deutlich mehr nichterwerbstätige Personen Früh- oder Erwerbsminderungsrenten. Sie sind – wenn auch unter teils schwierigen Finanzbedingungen – nicht mehr auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen.

In Deutschland ist die frühere Möglichkeit der vorzeitigen Verrentung Arbeitsloser zugunsten der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt aufgegeben worden. Jobverlust im Alter wird in Deutschland aber zunehmend zu einer Falle, aus der sich die Betroffenen nicht befreien können. »Angesichts des demografischen Wandels und des steigenden Renteneintrittsalters müsste die Politik energisch Lösungen entwickeln, auch älteren Arbeitslosen neue Beschäftigungschancen zu eröffnen«, meint Aart De Geus, Vorstandsvorsitzender der Bertelsmann Stiftung, die eine Studie mit Daten der Europäischen Arbeitskräfteerhebung (AKE) vorgelegt hat.

Joscha Schwarzwälder, Arbeitsmarktexperte der Bertelsmann Stiftung, ergänzt: Die Langzeitarbeitslosigkeit lässt sich nicht allein mit den herkömmlichen Aktivierungsmaßnahmen beheben. Die Politik des Förderns und Forderns stoße beim »harten Kern« der Langzeitarbeitslosigkeit an

ihre Grenzen. Neben der Betreuung in den Jobcentern brauche es Instrumente, die nicht nur die Erwerbsintegration, sondern auch die soziale Teilhabe im Fokus hätten. Er sei für den Aufbau eines »sozialen Arbeitsmarktes«, eines eigenen, aus öffentlichen Mitteln geförderten Arbeitsmarktes für Langzeitarbeitslose.

Die Erfolge des Hartz-IV-Systems bei der Eingliederung von Langzeitarbeitslosen sind äußerst bescheiden und bleiben weit hinter den Erwartungen zurück. Langzeitarbeitslosen Frauen und Männern gelingt im Hartz-IV-System der Übergang in den ersten Arbeitsmarkt nur äußerst selten, bei gleichzeitiger Zunahme der instabilen Beschäftigung. Dabei wurden die Sanktionen massiv verschärft – noch über die der vormaligen Sozialhilfe hinaus. So sind Hartz-IV-EmpfängerInnen gesetzlich zur Annahme von Jobs bis an die Grenze der Sittenwidrigkeit verpflichtet. Dabei ist die Arbeits- und Konzessionsbereitschaft von Arbeitslosen im Hartz-IV-System im Vergleich zur übrigen Bevölkerung recht hoch. Wer sich weigert, riskiert im Wiederholungsfall die völlige Einstellung der Leistung.

Nachdem Arbeitsmarktpolitik für die schwarz-rote Bundesregierung in der laufenden Legislaturperiode ein Non-Thema war, hat Bundesarbeitsministerin Nahles bereits Ende 2014 immerhin eingeräumt, dass die Langzeitarbeitslosigkeit im Zuge der verbesserten Wirtschaftskonjunktur nicht automatisch verschwindet, und im Bundestag ein Konzept gegen Langzeitarbeitslosigkeit vorgestellt. Mit einem Langzeitarbeitslosenprogramm des Europäischen Sozialfonds (ESF) sollen insgesamt 33.000 Menschen integriert werden, die mindestens zwei Jahre arbeitslos waren. Dafür stehen über die gesamte ESF-Förderperiode 885 Mio. Euro (davon 470 Mio. ESF-Bundesmittel) zur Verfügung. Positiv ist dabei sicher, dass anders als bei der »Bürgerarbeit« der Vorgängerregierung die subventionierte Beschäftigung voll sozialversicherungspflichtig und die Entlohnung an Tarifverträge bzw. an das ortsübliche Lohnniveau gekoppelt ist. Insgesamt sind die Ergebnisse des »Modellversuches« möglicherweise ermutigend, vom Umfang und Ausstattung her aber völlig unzureichend.

Der scheidende Leiter der Bundesagentur für Arbeit (BA), Frank-Jürgen Weise, greift diesen Vorschlag auf und schlägt einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt für bestimmte Hartz-IV-EmpfängerInnen vor. »Wir sollten Langzeitarbeitslose ohne Qualifikation, die auf dem normalen Jobmarkt keine Chance haben, nicht weiter in akademische Schulungsprogramme schicken, sondern einen staatlich subventionierten Arbeitsmarkt für sie schaffen.« Weiter: »Wir bezahlen ihnen Arbeit, statt ihnen Hartz IV und die Wohnkosten zu zahlen.« Das werde nicht viel teurer.

Diese Trendwende von offizieller Seite ist eine Überraschung. Warum waren bislang die Widerstände gegen einen sozialen Arbeitsmarkt so groß? Nach Auffassung des Ex-BA-Chefs wäre das Vorhaben ein großer Wurf. Er zeigte sich jedoch zuversichtlich, dass es für solche Hartz-IV-EmpfängerInnen »genug Arbeit gibt, in gemeinnützigen Bereichen, in kleinen Lebensgemeinschaften, in Vereinen«. Dies wäre der Sache nach eine weitergehende Korrektur der Agenda 2010.

»Es ist immer wieder gut, Dinge infrage zu stellen und zu überlegen, wie es weitergeht«, sagte Weise.

Die Logik des »großen Wurfes« sieht Weises Nachfolger, der frühere Senator Detlef Scheele, kritisch. Er hält zwar auch einen mit öffentlichen Mitteln geförderten sozialen Arbeitsmarkt für eine begrenzte Zahl von Langzeitarbeitslosen für unverzichtbar. Es gehe darum, Arbeit statt Sozialhilfe zu finanzieren. Es werde sich aber nur um einen »ganz begrenzten« Bereich von älteren Langzeitarbeitslosen handeln, bei denen die Weiterbildungsmöglichkeiten ausgeschöpft seien und gesundheitliche Einschränkungen vorlägen.

Warten wir mal ab, ob wenigstens die kleine Verbesserung zustande kommt. Denn Scheele stand als Hamburger Verantwortlicher für den Arbeitsmarkt für eine andere Logik. Während seiner Amtszeit wurde der eigentümlich ausgestaltete soziale Arbeitsmarkt stark beschnitten. »2011 hatten wir noch 9.000 Ein-Euro-Jobs, heute sind es rund 2.000... Dieser Rückgang wurde in der Arbeitslosenstatistik kompensiert, ohne dass es deswegen einen starken Anstieg gab«, sagt BA-Nord-Chef Fock. Am Ende solcher Maßnahmen stand meist keine Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt. »Erfolgreicher sind direkte Qualifizierungsmaßnahmen«, so Fock. Aber solche Bildungsmaßnahmen kosten mehr Geld als ein Ein-Euro-Job. Die miserable Version des sozialen Arbeitsmarktes wurde zusammengestrichen, ohne den Schritt in Richtung eines großen Wurfes zu gehen. Daher die Prognose: In den nächsten Jahren wird sich an der Langzeitarbeitslosigkeit in Hamburg kaum etwas grundlegend verändern.



Arbeitsagentur Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee (Foto: wikimedia)

Autobahnwahn A 26

Heike Sudmann über das Verfahren und die Folgen insbesondere für Moorburg, Bostelbek und Wilhelmsburg



Der »Deckel Finkenried (www.hamburg.de/fernstrassen/buergerinformation/8178266/)
informationsabend-vom-01-02-2017)

Jahrzehntelange Planung einer Autobahnverbindung

Seit Jahrzehnten wird südlich der Elbe auf Hamburger Gebiet eine Autobahnverbindung von der A 7 zur A 1 geplant. Vorrangiges Ziel sei die Bündelung von Ost-West-Verkehren und der weiträumigen Hafenverkehre. Den BewohnerInnen nördlich der Elbe wurde und wird versprochen, dass diese neue Autobahn für Entlastung z.B. auf der Stresemannstraße oder der Ost-West-/Willy-Brandt-Straße sorgen würde. Den Nachweis, dass es zu spürbaren Entlastungen kommt, sind die VerkehrsplanerInnen allerdings immer noch schuldig. Die jeweilige Regierung im Hamburger Rathaus versucht jedoch bis heute mit dieser Behauptung bei den BewohnerInnen nördlich der Elbe zu punkten.

Planfeststellungsverfahren für ersten Bauabschnitt auf Hamburger Gebiet gestartet

Lange Zeit sollte die Autobahnverbindung als A 262 an der Anschlussstelle Waltersdorf der A 7 beginnen und über Steinwerder bis zur neuen Wilhelmsburger Reichsstraße (Anschlussstelle Wilhelmsburg-Nord) führen. Diese 2005 festgelegte Nordtrasse ist vom Tisch. Jetzt wird eine Südtrasse geplant, die in Moorburg, Bostelbek (Harburg), Wilhelmsburg und Kirchdorf verlaufen soll. Der Bau soll in drei Abschnitten, von West nach Ost, erfolgen. Wurde die Autobahn jahrelang Hafenquerspange genannt, hat sie jetzt die schönere Bezeichnung »Hafenpassage« erhalten. Lebensnotwendiger

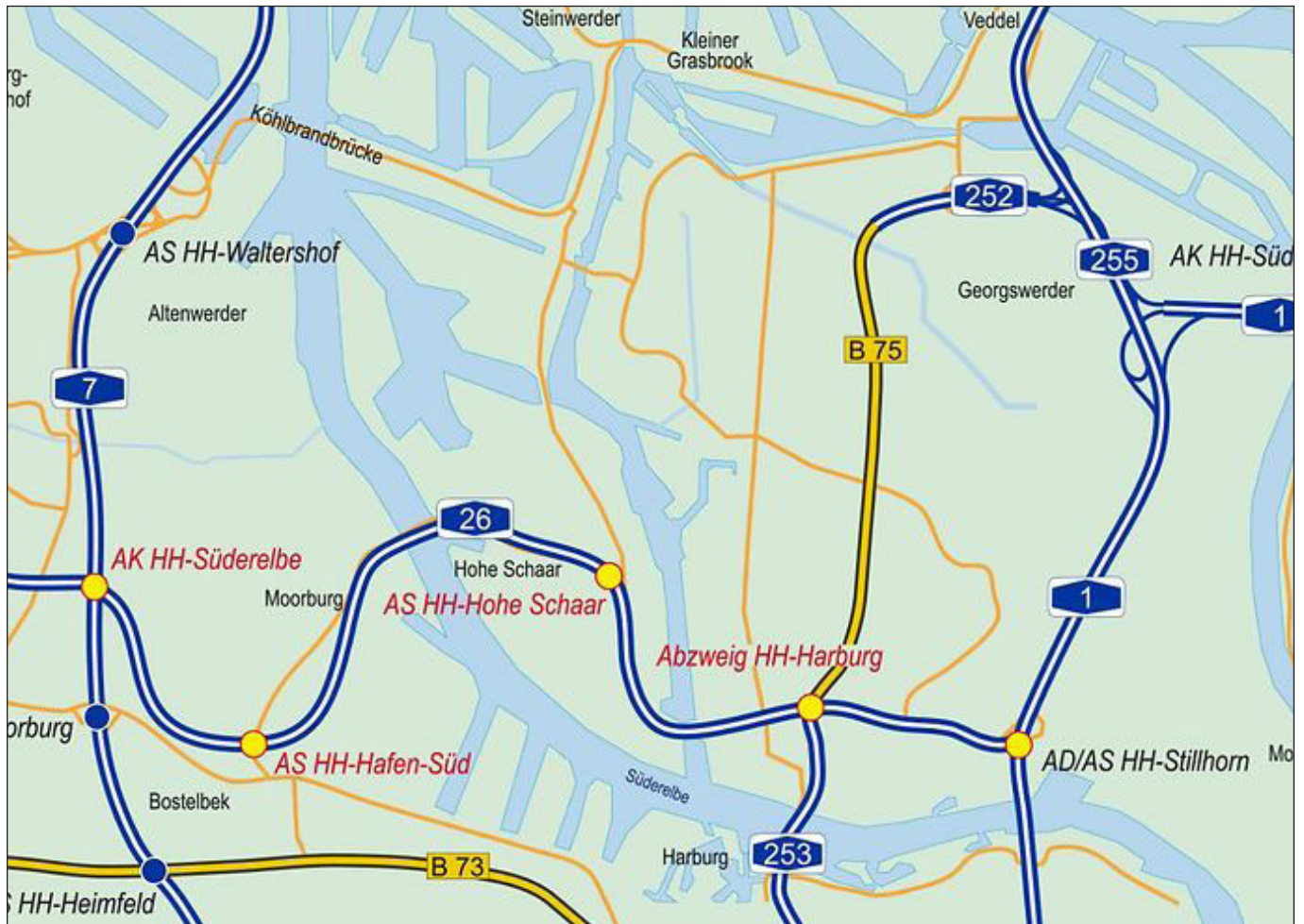
Bypass, Einkaufsvergnügen oder Blick auf den Hafen lässt sich vielleicht positiv damit verbinden. Es ändert sich jedoch nichts daran, dass es hier um eine Stadtautobahn geht, die Stadtteile und Wohnquartiere zerschneidet.

Aktuell läuft das Planfeststellungsverfahren für den knapp zwei Kilometer langen ersten Abschnitt vom geplanten Autobahnkreuz Süderelbe zur neuen Anschlussstelle HH-Hafen-Süd. Offizielle Informationen und Dokumente sind hier zu finden: www.hamburg.de/bwvi/np-aktuelle-planfeststellungsverfahren/8187386/a26-ost-abschnitt-6a/. (Siehe auch die Abbildung zum Trassenverlauf auf der folgenden Seite.)

Bis zum 18. April Einwendungen erheben

Einwendungen gegen die Planung können nur noch bis zum 18. April 2017 schriftlich erhoben werden. Und es gibt viele Gründe für eine Ablehnung dieser Autobahn. Werfen wir einen Blick auf den Hafenverkehr, für den die Autobahn ja vor allem da sein soll. Der Lkw-Verkehr hat nicht wie prognostiziert zugenommen, denn der Containerumschlag stagniert seit Jahren und bewegt sich unterhalb der 10-Millionen-TEU-Grenze. Die VerkehrsplanerInnen waren noch von 18 Mio. TEU im Jahr 2015 und 30 Mio. im Jahr 2030 ausgegangen.

Auch beim Autoverkehr lässt sich der Senat von den Vorstellungen der 1970er Jahre treiben. Eine stetige, quasi automatische Zunahme von Privat-Pkw-Fahrten wird immer noch



wie etwas Naturwüchsiges angesehen. Klimaschutz, verändertes Mobilitätsverhalten, neue Techniken werden ignoriert. Dabei hat es der Senat gerade beim individuellen Autoverkehr in der Hand, durch einen attraktiven Bus- und Bahnverkehr die Menschen zum Umsteigen zu bewegen. Doch die heutige Alternative, auf dem Weg aus dem Süden Richtung Hamburger City statt im Stau in einer vollen S-Bahn oder einem Bus zusammengepfercht zu stehen, verlockt nicht alle zum Umstieg auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel.

Die negativen Auswirkungen der Autobahn werden die EinwohnerInnen der Stadtteile Moorburg, Bostelbek und Wilhelmsburg zu spüren bekommen. Im Wohngebiet Kornweide/Katenweg soll die Autobahn teilweise in einem Tunnel (»Deckel Finkenriek«) geführt werden.

Was in dem auf der Vorseite abgedruckten Bild wie ein schöner Grünstreifen aussieht, sind heute Wohnhäuser und Gärten. Das völlig autofreie graue Band, das sich aus der Tunnelage langsam auf Normalniveau bewegt, ist die vierspurige, mit Randstreifen etc. über 40 Meter breite Autobahn. Nicht dargestellt sind die Lärmschutzwände, die gebaut werden müssen. Besonders übel wird in dieser Planung der Siedlung Kirchdorf-Süd mitgespielt. Der Lärm der A 1 beeinträchtigt die BewohnerInnen, seit die Siedlung vor über 40 Jahren fertiggestellt wurde. Ihnen jetzt zusätzlich zum Ausbau der A 1 eine zweite Autobahn vor die Nase zu setzen, macht sprach-

los und wütend. Wie viele Menschen haben sich engagiert, wie viel Geld wurde investiert, um die Lebensqualität in Kirchdorf-Süd zu verbessern? Ohne Rücksicht auf die BewohnerInnen werden die positiven Entwicklungen hier nach dem Motto »Es ist doch eh laut!« zubetoniert und asphaltiert.

Alternativlos war gestern

Der Hamburger Senat führt zwar etliche Veranstaltungen zur BürgerInnen-Information durch. Doch dabei geht es nicht um eine echte Beteiligung, sondern lediglich um Akzeptanzbeschaffung. Kein/e Vertreter/in der Stadt Hamburg und der Planungsfirma DEGES wird müde, zu behaupten, es gäbe keine Alternative zur Autobahn. Jetzt würde es nur um das »Wie« und nicht um das »Ob« gehen. Das ist gelinde gesagt Schwachsinn. Natürlich kann Hamburg, kann der Bund feststellen, dass die A 26-Ost ökologisch, ökonomisch und aus verkehrsplanerischer Sicht keinen Sinn macht.

Statt sich zu verweigern, muss der Senat mögliche Alternativen prüfen. Das »Bündnis Verkehrswende Hamburg« – ein Zusammenschluss der Initiative Stopp A 26 Moorburg, der Siedlergemeinschaft Radeland/Bostelbek, der Engagierten Wilhelmsburger, des Beirats für Stadtentwicklung Wilhelmsburg und des Vereins Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg – hat Vorschläge auf den Tisch gelegt. Die Haupthafenroute von der A 7 über den Köhlbrand, bisher über die

Köhlbrandbrücke, ist zu ergänzen. Ein Tunnel unter dem Köhlbrand für Lkw in automatisierten Konvois entlastet die Köhlbrandbrücke und würde deren Lebensdauer erheblich verlängern. Im weiteren Verlauf der Haupthafenroute wird der Verkehr im Stadtteil Veddel durch einen neuen Tunnel zur A 1 geführt. Für die Wohngebiete auf der Veddel wäre

das eine Riesenentlastung. Mehr unter www.verkehrswende-hamburg.net.

Es mangelt also nicht an Ideen und Alternativen. Hamburg braucht eine zukunftsfähige Verkehrs- und Mobilitätsplanung. Mit diesem rot-grünen Senat ist das bisher nicht zu haben.

Lasst es schillern!

Von Rainer Schmidt, Anwohner-Initiative Schiller-Oper



Foto: Ulrike Petersen

In Hamburg sind viele Menschen unterwegs und suchen Fotomotive. Sei es das Hamburger Rathaus, seien es Bilder aus dem Hafen oder die aufgehübschte Rote Flora. Ein weiteres Fotomotiv, das genauso begehrt ist und sich der Beliebtheit insbesondere bei Street-art-Begeisterten erfreut, sieht nicht mehr schön aus, sondern ist ein einsturzgefährdetes Gebäude nahe der Revierwache 16 in der Lerchenstraße. Neben Hinweisen wie »Vorsicht, Einsturzgefahr« sind hier ständig aufs Neue angebrachte Zeichnungen, Bilder etc. zu bestaunen. Man mag sie mögen oder nicht: In dieser Hinsicht leben die unansehnlichen Anbauten der Schiller-Oper, die sich dahinter verbirgt und deren Existenz nur eine deutlich sichtbare Kuppel verrät.

Dabei ist es ein wahres Kleinod Altonaer und Hamburger Geschichte, einer Geschichte des kulturellen und politischen Lebens nicht nur der Menschen des Quartiers. Erbaut wurde es 1888 von Zirkus Busch als fester Zirkusbau mit einem stählernen Gerippe, einer Rotunde im Baustil des Eifelturms. In dieser Rotunde amüsierten sich die Altonaer und Hamburger BürgerInnen. Sie wechselte verschiedentlich ihren Charakter, vom Zirkus hin zur Bühnenkunst mit Auftritten u.a. von Hans Albers. Die Schiller-Oper konnte es locker mit der Beliebtheit

des Flora-Tanzpalastes im Schulterblatt und dem Hansa-Theater im Steindamm aufnehmen. Der Erste und insbesondere der Zweite Weltkrieg hinterließen allerdings ihre Spuren. Die Schiller-Oper diente gegen Ende des Zweiten Weltkrieges als Lager für italienische Kriegsgefangene, später als Unterkunft für AsylbewerberInnen, zuletzt als Restaurant und angesagte Off-Bar mit trashigem Ambiente.

All dies hat der Kuppelbau, die Rotunde, seit 1888 bis heute erlebt und überdauert. Nun droht Gefahr, dass dieses historische Gebäude langsam verfällt, obwohl es unter Denkmalschutz steht. Die EigentümerInnen verweigern bisher Gespräche mit den AnwohnerInnen – aber irgendwas geht ab.

Mehr dazu und zur Historie der Schiller-Oper gibt es auf einer Veranstaltung Sonntag, den 23. April, von 15.00 bis 18.00 Uhr im Haus der Familie (An der Schilleroper 15). Motto: Lasst es schillern!

Mehr zum Engagement der AnwohnerIni Schiller-Oper gibt es im Netz unter <https://de-de.facebook.com/schilleroper/>. Weitere Informationen erwarten wir uns von einer Schriftlichen Kleinen Anfrage der Linksfraktion, die der Senat in der kommenden Woche beantworten wird.

Zum Standort des Netzwerks Recht auf Stadt



Kernforderungen der Recht-auf-Stadt-Bewegung von Beginn an (Foto: Michael Joho)

Gebildet im Herbst 2009, hat das Hamburger Netzwerk Recht auf Stadt sozusagen Geschichte gemacht, nicht nur in Hamburg. Erinnert sei nur an die große Parade am 18. Dezember 2009, als gut 4.000 Menschen »Gegen ein Unternehmen Hamburg – Für eine grundsätzlich andere, soziale und gerechte Stadt« demonstrierten. Die Besetzung des Gängeviertels, das Centro Sociale, Lampedusa, Mieten- und Leerstandsaktionen, Never Mind the Papers und vieles mehr haben dem Hamburger Netzwerk auch bundesweit zu einem anerkannten Namen verholfen.

Doch in der jüngsten Vergangenheit ist es etwas ruhiger geworden. Diese Zeit hat unter den Netzwerk-AktivistInnen zu einer intensiven Neuverortung geführt. Nach langer Debatte wurde im Januar 2017 ein neues Grundsatzdokument verabschiedet, das wir hier gerne aufnehmen. Mehr Infos gibt es hier: www.rechtaufstadt.net.

Programmatische Grundlage des Hamburger Netzwerks Recht auf Stadt

Präambel – Das Recht auf Stadt liegt auf der Straße.

Es hängt in den Bäumen. Es versteckt sich unter Pflastersteinen. Es ist bereits jetzt eine Praxis. Es richtet sich gegen den traurigen Status quo der real existierenden Städte von heute. Es ist ein Versprechen: auf eine Welt, die sich Menschen jenseits von Nation, Geschlecht, Religion und Kapital aneignen und neu erfinden.

Wir schreiben diese Agenda in einer europäischen Metropole zu einer Zeit, in der die Krise des verstädterten globalisierten Kapitalismus sich zu einem Angriff auf die zivilisatorischen Errungenschaften vergangener Jahrzehnte zuspitzt.

Sämtliche Ressourcen und sozialen Beziehungen werden der kapitalistischen Inwertsetzung unterstellt. Immer größere Teile der Bevölkerung sehen sich einer zunehmenden Prekarisierung ausgesetzt – während der Reichtum der Wenigen ungebremsst wächst. Der Rassismus wird wieder institutionell verankert.

Rechtspopulistische Bewegungen gewinnen mit ihrem Versprechen, die Krise in reaktionärer Form als nationale Gemeinschaft zu lösen, an Boden – und streben unverhohlen eine neue, brutalisierte Klassengesellschaft an.

Das Recht auf Stadt ist eine radikal andere Antwort auf diese Krise.

Es steht für kollektive Selbstorganisation, Teilhabe aller am gesellschaftlich erarbeiteten Reichtum, Vergesellschaftung von Ressourcen. Es steht für Unterschiedlichkeit, Kosmopolitismus und Zentralität.

Das Recht auf Zentralität ist die Freiheit für alle, sich durch den gesamten städtischen Raum zu bewegen, ihn zu nutzen, in ihm zu spielen, sich zu begegnen, sich auszutauschen. Es geht um mehr als einen Schlafplatz, eine Arbeitsstelle, einen Eventbesuch oder eine Shoppingtour durch die Einkaufszone. Es geht um den Zugang zum ganzen Arsenal städtischer Möglichkeiten und Ressourcen wie Wohnen, Bildung, Einkommen, Gesundheitsversorgung.

Das Recht auf Unterschiedlichkeit steht für die Vieltimmigkeit, die solidarische Handlung der Unterschiedlichen und das Recht, sich unabhängig von Herkunft, Hautfarbe oder Geschlecht selbst zu definieren. Es richtet sich gegen die normierenden Idiotien des Kapitalismus.

Das Recht auf Stadt kennt keine Obergrenze.

Die Hälfte der Menschheit lebt bereits in Städten. Für viele sind sie Orte der Hoffnung, in die Kriege, Landgrabbing, Arbeitslosigkeit sie treiben, in denen sie auch Herkunft, Kaste, Identität hinter sich lassen können. Menschen von diesen Orten auszuschließen, sie gar nach biografischen oder ökonomischen Zufälligkeiten zu selektieren, ist zutiefst inhuman. Es ist gerade die Vielfalt der Ankommenden, die das städtische Leben seit jeher aufregend und befreiend gemacht hat.

Das Recht auf Stadt bedeutet kollektive Selbstorganisation.

Es geht um die Gestaltungsmacht der Vielen in neuen demokratischen Formen. Wir appellieren nicht an Behörden und Parteien, mitmachen zu dürfen, wir machen die Stadt selbst. Demokratie erschöpft sich nicht allein in Bürgerbeteiligung, Wahlen oder Ja-Nein-Entscheidungen in Referenden. Wir star-



Ringen um den Erhalt der City-Hochhäuser (M. Joho)

ten selbstorganisierte Stadtteilversammlungen oder kollektive Wunschproduktionen, wir planen selber und eignen uns Räume durch Besetzungen an.

Recht auf Stadt verräumlicht soziale Kämpfe.

Die Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Ordnung wird konkret: Gegen die Privatisierung, Spaltung und Kommerzialisierung städtischer Räume setzen wir den gleichberechtigten Zugang für alle Bewohner*innen zu den städtischen Ressourcen und Räumen.

Recht auf Stadt geht von der Kritik zum Experiment über.

Dieses Experiment hat viele Formen: Wir eignen uns ungefragt Orte an. Wir entziehen Orte dauerhaft dem Markt. Wir verteidigen die Rechte von Mieter*innen und Wohnungslosen. Wir wehren uns gegen Ausgrenzung und Verdrängung. Wir experimentieren mit kollektiven Modellen von Eigentum und Selbstverwaltung: Wir reizen die aktuelle Rechtslage aus, überschreiten sie, wenn nötig. Wir forcieren Gesetzesänderungen und finden neue Finanzierungsmethoden, um Modelle und Projekte zu verwirklichen. Wir durchlöchern die kapitalistische Ordnung, um langfristig zu einer neuen, umfassenden Vergesellschaftung zu kommen.

Recht auf Stadt verknüpft urbane Auseinandersetzungen.

Diese vielfältigen Experimente und Kämpfe – für Wohnraum und Teilhabe, gegen Gentrifizierung, Segregation und Unterdrückungsverhältnisse aller Art – sind Elemente der Bewegung für das Recht auf Stadt. Sie verfolgen unterschiedliche Strategien, beziehen sich aufeinander, bilden Ketten und lassen sich nicht gegeneinander ausspielen.

Recht auf Stadt endet nicht an der eigenen Stadtgrenze.

Die Auseinandersetzungen um das Recht auf Stadt finden überall auf der Welt statt: Von San Francisco bis Mumbai, von Göteborg bis Durban. Die urbane Revolution erfordert neue Formen der Solidarität, des Austauschs und gemeinsamen Handelns mit anderen Städten und urbanen Projekten.

Das Recht auf Stadt ist unteilbar. Es gilt für alle.

Dieser Text ist kein fertiges Programm. Er will erweitert, bearbeitet und verändert werden. Er ist nichts ohne kollektive Praxis und urbane Aktion. Legen wir los!

Hamburg, 21. Januar 2017



Zeichnung: Elke Ehniger

Kulturtipp: »Wem gehört Polen?«



Ausstellungsort: Mahmal St. Nikolai (Freepenguin/wikimedia.org)

Angesichts der aktuellen innen- und außenpolitischen Entwicklungen in unserem Nachbarland Polen ist eine kritische Haltung – allemal in der Linken – sehr verbreitet und berechtigt. Doch wer sich jemals intensiver mit der polnischen Geschichte und dem Verhältnis zu Deutschland beschäftigt hat – denken wir beispielsweise an den Kniefall des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt vor dem Ehrenmal für die Toten des Warschauer Ghettos am 7. Dezember 1970 –, wird sich weiterhin um eine historisch-differenzierte Sicht bemühen.

In diesem Zusammenhang verspricht eine neue Sonderausstellung Einblick in die Verhältnisse vor 100 Jahren. Unter der Überschrift »Wem gehört Polen?« werden im Mahmal St. Nikolai (Willy-Brandt-Straße 60) **Propagandapostkarten aus dem Ersten Weltkrieg** präsentiert. Diese »Grenzen überschreitende Ausstellung« ist kuratiert worden vom Wissenschaftlichen Zentrum der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Wien und wird in Hamburg vom 7. April bis zum 30. Mai in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung und der Deutsch-Polnischen Gesellschaft gezeigt. Anhand von 60 Propagandapostkarten aus dem Ersten Weltkrieg wird »die Situation und Stimmung der Polen in dieser Zeit präsentiert und veranschaulicht ihre komplizierte Stellung in der internationalen Politik«, heißt es in der Ausstellungsankündigung. Das seinerzeit verbreitete Propagandamedium der Postkarte verweist auf die damals vor-

herrschenden, verschiedenen »Polenbilder«: »patriotische Selbstdarstellung der Polen, die sekundierende französische Perspektive, der Blickwinkel der drei Teilungsmächte Russland, Preußen-Deutschland und Österreich-Ungarn. Diese konkurrierenden Sehweisen erlauben einen Gesamteindruck, welche Optionen für eine europäische Nachkriegszeit propagiert und wie sie visuell umgesetzt wurden.«

Auf eine Veranstaltung sei hier besonders hingewiesen. Im Rahmen der »Langen Nacht der Museen« am Samstag, den 22. April, gibt es am Ausstellungsort von 22.00 bis 0.00 Uhr einen **History Slam**, bei dem deutsche und polnische HistorikerInnen »verständliche Einblicke zum deutsch-polnischen Verhältnis« vermitteln. Wie steht es darum gegenwärtig? Was wissen wir von unserem östlichen Nachbarn überhaupt? Dazu gibt es gleich mehrere »knappe Kurzvorträge«, die einen guten Überblick verschaffen. Der Eintritt ist im Eintritt für die Lange Nacht der Museen (15,- Euro, 10,- Euro ermäßigt) enthalten, eine separate Buchung des Slams ist nicht möglich. Mehr zur diesjährigen Langen Nacht der Museen – sie steht unter dem Motto »Bühne & Backstage« und ist an den verschiedenen Veranstaltungsorten irgendwann zwischen 18.00 und 2.00 Uhr angesetzt – unter www.langenachtdermuseen-hamburg.de.

Die Ausstellung ist noch bis zum 30. Mai täglich zwischen 10.00 und 17.00 Uhr im Gewölbekeller des Mahmals St. Nikolai zu besichtigen, der Eintritt ist frei.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.